

Goldbergbau in Zamora-Chinchipec. Kleinbergbau steht den Interessen internationaler Konzerne im Weg. (Foto: Knut-Erik Helle, CC BY-NC 2.0)

Ecuador ist bisher vor allem als Produzent von Erdöl und Erdgas bekannt. Nun will die Regierung den Großbergbau ausbauen. Der in Ecuador praktizierte Klein- und mittelgroßen Bergbau hat bereits zahlreiche Umweltschäden verursacht. Bereits seit 20 Jahren gibt es Proteste. Doch nun nehmen die Konflikte um geplante Bergbauprojekte zu.

Bergbau in Ecuador

In den vergangenen Jahren basierte die ecuadorianische Wirtschaft vor allem auf der Förderung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas. Der Großteil der Staatseinnahmen stammt mit zwölf Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 aus dem Ölexport. Um andere Einnahmequellen zu erschließen, setzt die aktuelle Regierung von Rafael Correa auf eine Ausweitung des Bergbaus als strategischen Wirtschaftssektor. Bisher wird der Bergbau in Ecuador vor allem als Kleinbergbau betrieben. Die wichtigsten in Ecuador geförderten Mineralien sind Gold und Silber und bis 2011 das Gestein Bentonit (siehe Grafik 1).

Der Anteil des Bergbausektors am ecuadorianischen Bruttoinlandsprodukt ist mit 1,3 Prozent sehr gering (siehe

Grafik 2). Die Investitionen stiegen in den vergangenen Jahren jedoch stark an und hatten ihren Höchstwert 2011 (siehe Grafik 3).

Im selben Jahr waren für 1,21 Millionen Hektar Bergbaukonzessionen vergeben, die sich gut zur Hälfte auf die Provinzen Azuay und Zamora Chinchipe konzentrieren. Die geplanten Projekte befinden sich jedoch noch in der Explorations- oder Aufbauphase.

Obwohl die Preise für Metalle in den vergangenen Jahren gesunken sind, ist der Wert der ecuadorianischen Bergbauexporte vor allem aufgrund der Ausweitung der Silberproduktion deutlich angestiegen. Im Jahr 2013 lag er laut offiziellen Angaben mehr als acht Mal so hoch

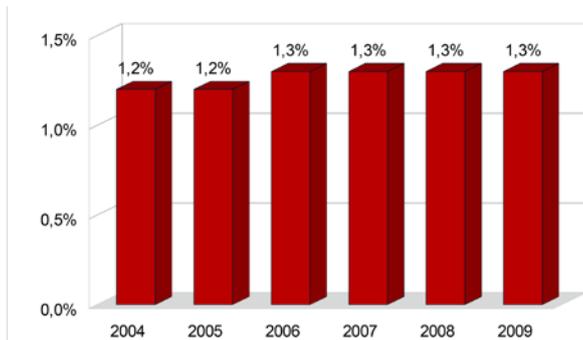
Jahr	Bentonit (in t)	Gold (in kg)	Silber (in kg)
2009	1.178	5.392	116
2010	510	4.593	1.169
2011	0	4.149	1.398
2012	0	3.413	1.172
2013	0	3.300	1.500

Grafik 1: Die Produktion der wichtigsten Mineralien in Ecuador, 2009–13. (Quelle: World Mining Data. „Minerals Production“. Wien, 2015)

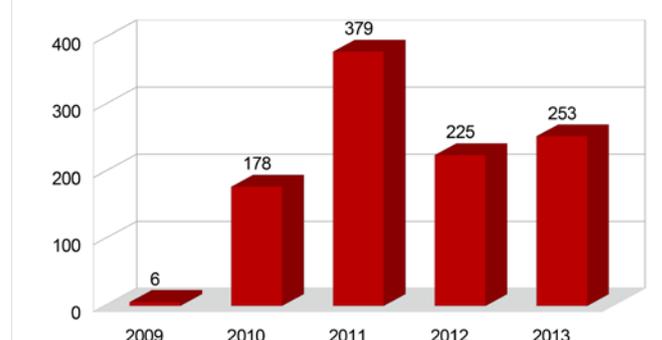
wie 2009 (siehe Grafik 4). Hauptabnehmer sind die USA mit 75 Prozent der Exporte.

Über die Anzahl der Arbeitsplätze im Bergbausektor gibt es keine offiziellen Daten. Schätzungen der Regierung gehen davon aus, dass die geplanten Projekte wäh-

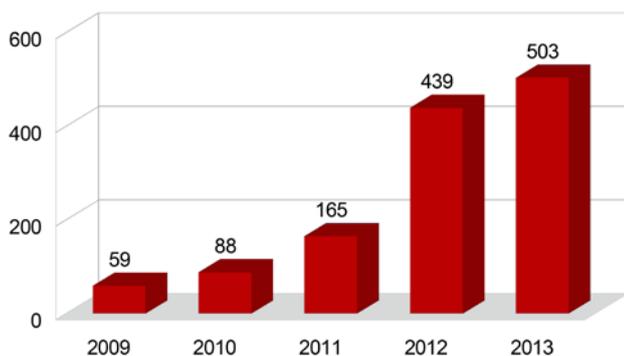
rend ihres Aufbaus 5.600 direkte Arbeitsplätze und nach Förderbeginn 3.215 Arbeitsplätze schaffen könnten. Verglichen mit den zu erwartenden Umweltschäden und der Verdrängung traditioneller wirtschaftlicher Aktivitäten ist dies eine sehr geringe Zahl.



Grafik 2: Anteil des Bergbaus am Bruttoinlandsprodukt. (Quelle: Ministerio de Recursos Naturales No Renovables. República del Ecuador. „Plan Nacional de Desarrollo del Sector 2011–15“)



Grafik 3: Investitionen in den Bergbau in Ecuador, 2009–13, in Millionen US-Dollar. (Quelle: Instituto de Promoción de Exportaciones e Inversiones. „Perfil sectorial de minería para inversionista“, 2014)



Grafik 4: Export von Bergbauprodukten in Ecuador, 2009–13 in Millionen US-Dollar. (Quelle: Instituto de Promoción de Exportaciones e Inversiones. „Perfil sectorial de minería para inversionista“, 2014)

Ecuadorianische Bergbaupolitik

Das Interesse an der Entwicklung eines industriellen Großbergbaus bestand in Ecuador bereits in den 1980er Jahren, als größere Lagerstätten entdeckt wurden. Zwischen 1991 und 2008 verfolgte das Land eine von der Weltbank unterstützte, neoliberale Bergbaupolitik. Das führte 1991 zur Verabschiedung eines Bergbaugesetzes und eines Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Bürgerbeteiligung im Jahr 2000. Die Gesetzgebung zielte auf die Etablierung von Großbergbauprojekten ohne nennenswerte staatliche Beteiligung, soziale und ökologische Aspekte wurden vernachlässigt. Im ecuadorianischen Bergbausektor dominierten damals transnationale Konzerne wie Rio Tinto, BHP Billiton, Newmont und die Mitsubishi-Tochter Bishimetals.

Im Januar 2009 wurde das aktuell gültige Bergbaugesetz verabschiedet. Es stärkt die Rolle des Staates bei der Regulierung und Durchführung von Bergbauprojek-

ten und erhöht den Anteil der staatlichen Einnahmen. Allerdings blieb es hinter den Diskussionen der Verfassungsgebenden Versammlung zurück, die eine stärkere Regulierung und Einschränkung des Bergbaus vorsah. Zur Umsetzung neuer Bergbauprojekte gründete die Regierung 2010 das staatliche Unternehmen Enami. Gleichzeitig sucht sie Allianzen mit großen transnationalen Konzernen, beispielsweise aus Kanada, und staatlichen Bergbauunternehmen aus Chile oder China. Vor allem der Einfluss Chinas scheint zu wachsen. Mit der Volksrepublik hat Ecuador bereits mehrere Abkommen geschlossen, die unter anderem den Bergbausektor betreffen. Den weit verbreiteten Klein- und mittelgroßen Bergbau hat die ecuadorianische Regierung in den vergangenen Jahren begutachten und formalisieren lassen. Allein 2014 erhielten 1.735 Unternehmen einen legalen Status.

Auswirkungen der Bergbaus

Obwohl Ecuador in den vergangenen knapp 20 Jahren nach und nach Umweltaspekte in die Bergbaugesetzgebung aufgenommen hat, reichen die zur Verfügung stehenden Instrumente nicht aus, um die Verschmutzung durch den Bergbau zu kontrollieren. Zwar gibt es bisher keinen Großbergbau, doch die Erfahrungen mit dem Klein- und mittelgroßen Bergbau sind negativ. In der Provinz El Oro hat der offiziell anerkannte Bergbau die Flüsse mit Quecksilber und anderen Substanzen verschmutzt. Der illegale Bergbau ist seinerseits für enorme Umweltzerstörung an den Flussufern und umliegenden Gebieten verantwortlich. Laut der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) hat der Bergbau besonders im

Süden Ecuadors Umweltschäden in Einzugsgebieten von Flüssen verursacht.

Teile der ecuadorianischen Bevölkerung befürchten, dass die Gefahr weiterer Umweltzerstörung steigt, wenn die geplanten Megaprojekte umgesetzt werden. Neben der Verschmutzung von Gewässern ist auch das Ökosystem der Hochebenen (Páramo) gefährdet, da 12,5 Prozent von deren Fläche bereits als Bergbaukonzessionen vergeben sind. Das einzige Großprojekt, das sich derzeit konkret im Aufbau befindet, ist die Mine Mirador in der östlichen Provinz Morona Santiago. Die Umweltverträglichkeitsprüfung hält laut Kritiker_innen wissenschaftlichen Standards nicht Stand. In den betroffenen Gemeinden sorgt das für Unruhe.



Für ein Intag ohne Umweltverschmutzung. (Foto: dawn paley, CC BY-NC-SA 2.0)

Konflikte und Kriminalisierung

Die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL) zählt sieben der insgesamt 208 in Lateinamerika bestehenden Bergbaukonflikte in Ecuador. Seit fast 20 Jahren gibt es Proteste. Mitte der 1990er Jahre ist es der lokalen Bevölkerung gelungen, den japanischen Bergbaukonzern Bishimetals und die kanadische Copper Mesa daran zu hindern, ihre geplanten Bergbauprojekte in der Intag-Region im Norden Ecuadors umzusetzen. Nun plant das staatliche Bergbauunternehmen Enami, das Kupfer in der im Norden Ecuadors gelegenen Region zu fördern.

Bei einer Volksbefragung im Oktober 2011 sprachen sich im südlichen Kanton Cuenca die Gemeinden Victoria del Portete und Tarqui mit 94 Prozent der Wähler_innen gegen die Pläne des kanadischen Bergbaukonzerns Iamgold aus, in den Hochebenen von Quimsacocha ein Minenprojekt umzusetzen.

Auch in der südöstlichen Provinz Zamora Chinchipe und anderen südlichen Regionen gibt es Proteste gegen

den Bergbau. Vor allem jene Projekte, die die Regierung als „strategisch“ bezeichnet, stoßen auf Widerstand. Die neue Verfassung erkennt zwar die Natur in Artikel 10 als eigenes Rechtssubjekt an, doch die Regierung geht repressiv gegen Proteste für Umweltschutz und gegen Bergbau vor. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International schreibt in ihrem Jahresreport 2015: „Menschenrechtsverteidiger und Regierungskritiker wurden nach wie vor angegriffen und diskreditiert. Das Recht indigener Bevölkerungsgruppen auf vorherige Konsultation und eine freiwillige, vorab und in Kenntnis der Sachlage gegebene Zustimmung wurde nicht gewahrt.“ Von insgesamt 108 Fällen, in denen Kritiker_innen des Großbergbaus kriminalisiert werden, zählt OCMAL zwölf in Ecuador. Die Kriminalisierung wird voraussichtlich weiter zunehmen, da die Regierung ebenso gewillt ist, den Extraktivismus zu vertiefen, wie die betroffenen Gemeinden ihr Recht auf eine intakte Natur verteidigen wollen.



Giftiger Müll in Zaruma, Ecuador. (Foto: Rinaldo Wurglitsch, CC BY 2.0)

IMPRESSUM



Herausgeber:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
www.fdcl.org

Autor: Tobias Lambert
Layout: STUDIO114.de | Michael Chudoba
Druck: 15 Grad | Zossener Straße 55 | 10961 Berlin

Gedruckt auf 100% Altpapier aus CO₂ neutraler Produktion (Envirotop).



Basierend auf dem Factsheet von Coordinación Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina OCMAL – www.ocmal.org

FDCL-Verlag, Berlin 2015



Diese Arbeit ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin, gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union.



2015
Europäisches Jahr
für Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der Europäischen Union wieder.